

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs
vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5411**

**Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 11 – Dienstreisemanagement des Landes**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 11 – Drucksache 15/5411 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die im Staatshaushaltsplan ausgebrachten Stellen des LBV für das Dienstreisemanagement von 131,5 Stellen im Staatshaushaltsplan 2015/2016 um 46 Stellen auf 85,5 Stellen zu reduzieren;
 2. die weiteren Einsparvorschläge des Rechnungshofs zu prüfen und soweit möglich umzusetzen;
 3. die Abrechnungsaufgaben für Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung des Justizressorts in 2015 auf das LBV zu übertragen. Im Einzelplan 05 sind dadurch 11 Stellen in Abgang zu stellen; davon sind zunächst 5,5 Stellen auf das LBV zu übertragen. Der endgültige Personalbedarf beim LBV wird nach erfolgter Aufgabenübernahme ermittelt;
 4. weitere Möglichkeiten der Zentralisierung des Dienstreisemanagements beim LBV zu prüfen und damit die dezentrale Abrechnung soweit wie möglich zu reduzieren;
 5. dem Landtag über das Veranlasste zum 31. Dezember 2015 zu berichten.

23. 10. 2014

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Ausgegeben: 06. 11. 2014

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/5411 in seiner 49. Sitzung am 23. Oktober 2014. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter für den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft brachte zum Ausdruck, ab 2009 sei das Dienstreisemanagement des Landes aufgrund von Empfehlungen des Rechnungshofs beim Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) zentralisiert worden. Der Rechnungshof habe nun das Dienstreisemanagement beim LBV evaluiert.

Er könne die Empfehlungen des Rechnungshofs nur unterstützen, da ihre Umsetzung zu erheblichen Einsparungen führe, und danke dem Rechnungshof für die umfassende Analyse des Dienstreisemanagements.

Einige Teile der Landesverwaltung, wie z. B. die Hochschulen, rechneten noch dezentral ab. Er bitte, dafür zu sorgen, dass in absehbarer Zeit auch diese Bereiche in das zentrale Dienstreisemanagement einbezogen würden. Es dürfe nicht sein, dass in einigen Bereichen weiter Sonderlösungen bestünden, während alle übrigen Landesdienststellen ihre Abrechnungsaufgaben dem LBV übertragen hätten.

Ohne weitere Aussprache erhob der Ausschuss die Anregung des Rechnungshofs (*Anlage*), wie vom Vorsitzenden ohne Widerspruch festgestellt, einstimmig zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

05. 11. 2014

Dr. Reinhard Löffler

Anlage**Rechnungshof
Baden-Württemberg****Denkschrift 2014
Beitrag Nr. 11/Seite 93****Anregung****für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft****zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5411****Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 11 – Dienstreisemanagement des Landes**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 11 – Drucksache 15/5411 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
 1. die im Staatshaushaltsplan ausgebrachten Stellen des LBV für das Dienstreisemanagement von 131,5 Stellen im Staatshaushaltsplan 2015/2016 um 46 Stellen auf 85,5 Stellen zu reduzieren;
 2. die weiteren Einsparvorschläge des Rechnungshofs zu prüfen und soweit möglich umzusetzen;
 3. die Abrechnungsaufgaben für Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung des Justizressorts in 2015 auf das LBV zu übertragen. Im Einzelplan 05 sind dadurch 11 Stellen in Abgang zu stellen; davon sind zunächst 5,5 Stellen auf das LBV zu übertragen. Der endgültige Personalbedarf beim LBV wird nach erfolgter Aufgabenübernahme ermittelt;
 4. weitere Möglichkeiten der Zentralisierung des Dienstreisemanagements beim LBV zu prüfen und damit die dezentrale Abrechnung soweit wie möglich zu reduzieren;
 5. dem Landtag über das Veranlasste zum 31. Dezember 2015 zu berichten.

Karlsruhe, 26. September 2014

gez. Günter Kunz

gez. Ria Taxis